



Niederschrift

über die Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Ostseebad Laboe
(LABOE/GV/01/2016) vom 10.02.2016

Anwesend:

Bürgermeisterin

Frau Ulrike Mordhorst

1. stellv. Bürgermeisterin

Frau Wiebke Eschenlauer

ab 20.02 Uhr

2. stellv. Bürgermeister

Herr Stephan Matthiesen

3. stellv. Bürgermeister

Herr Hubertus Döttelbeck

Mitglieder

Herr Jens Dittmann-Wunderlich

Herr Jörg Erdmann

Frau Julia Hansen

Herr Volkmar Heller

Frau Annette Kleinfeld

Herr Walter Kreft

Herr Jan Kruse

Frau Inken Kuhn

Herr Carsten Leonhardt

Herr Ralf Mattern

Frau Silveli Müller

Herr Oliver Nazareth

Frau Ulrike Nowack

Herr Martin Opp

Herr Günter Petrowski

Herr Dieter Rauschenbach

Herr Ulrich Schaefer

Frau Beke Schöneich-Beyer

Herr Jürgen Schröder

Frau Margit Wunderlich

von der Verwaltung

Herr Martin Götttsch

Sachkundiger

Herr Rechtsanwalt Rolf Hansen

Presse

Frau Astrid Schmidt

Frau Philine Stoltenberg

Protokollführer

Herr Uwe Jürß

Beginn : 19:00 Uhr

Ende : 22:12 Uhr

Ort, Raum: 24235 Ostseebad Laboe, Schulstraße 1, im Gebäude der Grundschule (Cafeteria)

- öffentliche Sitzung -

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung (Dringlichkeitsanträge)
3. Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
4. Einwohnerfragestunde
5. Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 16.12.2015 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
6. Bericht der Bürgermeisterin
7. Genehmigung zur Nutzung der Gemeindeflagge
8. Bericht aus dem gemeinsamen Arbeitskreis des Finanz- und Wirtschaftsausschusses
9. Wirtschaftsplan 2016 für den Eigenbetrieb der Gemeinde Ostseebad Laboe LABOE/BV/003/2016
10. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016 der Gemeinde Ostseebad Laboe LABOE/BV/911/2015
11. Meerwasserschwimmhalle; Antrag der Fraktion GAL vom 26.01.2016
- 11.1. Sachstand Gutachten/Berater
- 11.2. weitere Vorgehensweise
- 11.3. Beratung und Beschluss
12. Bekanntgaben und Anfragen

- nichtöffentliche Sitzung -

13. Erbbaurechtsangelegenheiten
14. Kindertagesstättenvertragsangelegenheiten LABOE/BV/005/2016
15. Auftragsvergabe - Konzeption einer Schwimmbadversorgung 2016-2040 LABOE/BV/004/2016
16. Bericht der Bürgermeisterin
17. Bekanntgaben und Anfragen

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Eröffnung und Begrüßung

Die Vorsitzende, Frau Bürgermeisterin Mordhorst, eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr und begrüßt die Anwesenden, darunter auch insgesamt 31 Bürgerinnen und Bürger sowie bürgerliche Mitglieder der Ausschüsse. Sie stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit bei 23 anwesenden Gemeindevertreter/Innen gegeben ist.

**TO-Punkt 2: Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung
(Dringlichkeitsanträge)**

Die Bürgermeisterin bittet, die Tagesordnung in der Weise zu ändern, dass mit Rücksicht auf den hierzu eingeladenen Fachanwalt der TOP 15 (Erbbaurechtsangelegenheiten) als TOP 13 beraten wird, so dass die bisherigen TOP 13 und 14 unter Punkt 14 und 15 der Tagesordnung abgehandelt werden.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung genehmigt die Änderung der Tagesordnung.

Stimmberechtigte:	23		
Ja-Stimmen: 23	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 3: Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte

Der Bürgermeister lässt über den Ausschluss der Öffentlichkeit bei den in nichtöffentlicher Sitzung zu beratenden Tagesordnungspunkten abstimmen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Behandlung der nichtöffentlich vorgesehenen Tagesordnungspunkte unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Stimmberechtigte:	23		
Ja-Stimmen: 21	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 2	Befangen: 0

Dementsprechend soll die Tagesordnung – wie zu Beginn der Niederschrift aufgelistet – abgehandelt werden.

TO-Punkt 4: Einwohnerfragestunde

- a) Frau Behrens regt eine sinnvollere Verteilung der Sitzbänke im Ort an. Während auf der Fischerbrücke 8 und bei der Meerwasserschwimmhalle 5 Bänke stünden, befinden sich die Sitzmöglichkeiten in der Dünenlandschaft (bis hin zum Auslauf der Hagener Au) sowie am Förderwanderweg entweder in einem schlechten Zustand bzw. es fehlen dort auch Sitzbänke.
- b) Herr Hildebrandt fragt, ob es zum B-Plan-Gebiet 43 einen neuen Sachstand gibt. Die Bürgermeisterin verneint dies und berichtet, dass der Vorhabenträger vom Amt aufgefordert wurde, sich diesbezüglich zur Planungskostenübernahme zu bekunden.
- c) Herr Eschenlauer fragt, ob es zutrifft, dass – wie von ihm wahrgenommen – in Fraktionen über einen etwaigen Austritt der Gemeinde Laboe aus dem Amt Probstei gesprochen wurde. Frau Mordhorst antwortet, dass ihr davon nichts bekannt sei und verweist im Übrigen auf den Fusionsvertrag.
- d) Zu einer weiteren Frage von Herrn Eschenlauer zur Moderation bzw. Beratung in Sachen Meerwasserschwimmhalle verweist die Bürgermeisterin auf die heute im Rahmen dieser Sitzung anstehende Beratung.
- e) In Beantwortung einer weiteren Frage von Herrn Eschenlauer erläutert Herr Götttsch die Regelungen zur Kurabgabeerhebung beim Besuch der Meerwasserschwimmhalle.

- f) Zudem bittet Herr Eschenlauer um Auskunft, was mit der Beauftragung des Gutachtens i.S. Meerwasserschwimmhalle geschehe, falls der Haushalt heute keine Mehrheit finden sollte. Die Bürgermeisterin teilt hierzu mit, dass dann die Finanzierung des gemeindlichen Eigenanteils vorerst noch nicht nachgewiesen wäre.
- g) Letztlich bittet Herr Eschenlauer um Auskunft zur Planung der Laboer Veranstaltungen im Jahr 2016. Frau Mordhorst berichtet, dass Gespräche über mögliche Veranstaltungen geführt würden, die Verträge aber erst nach Verabschiedung des Wirtschaftsplanes geschlossen werden könnten.
- h) Herr Randau fragt, ob die Gemeindevertretung bzw. die Bürgermeisterin mit dem Gasversorger der Meerwasserschwimmhalle Verhandlungen mit dem Ziel einer Kostenverminderung führen kann. Daraufhin erläutert die Bürgermeisterin, dass angesichts des Blockheizkraftwerks ein langfristiger Vertrag bis 2018 bestehe und bei einem vorzeitigen Wechsel Schadenersatzforderungen nicht auszuschließen seien.
- i) Auf Nachfrage von Herrn Clemens führt Frau Mordhorst aus, dass die zeitweise Öffnung des Parkplatzes hinter der Strandklause außerhalb der Saison nicht gewollt sei, da dessen Nutzung jahreszeitlich begrenzt ist.
- j) Weiterhin bittet Herr Clemens um Auskunft, ob der Hafengeburtstag für 2016 abgesagt sei. Die Bürgermeisterin berichtet hierzu, dass man die Verabschiedung des Wirtschaftsplanes abzuwarten habe und danach dann sehen müsse, was realisierbar wäre.

TO-Punkt 5: Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 16.12.2015 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht erhoben. Sie gilt daher als genehmigt. Eine Abstimmung erfolgt nicht.

Frau Mordhorst teilt sodann mit, dass in der Sitzung vom 16.12.2015 im nichtöffentlichen Teil den Haushaltsplänen von 2 Kindertagesstätten und einem KiTa-Trägerschaftsvertrag mit dem DRK zugestimmt worden sei sowie ein Beschluss zur weiteren Vorgehensweise in einer Erbbaurechtsangelegenheit gefasst wurde.

TO-Punkt 6: Bericht der Bürgermeisterin

- a) Die Bürgermeisterin berichtet, dass ein Versorger eine Aufgrabung im Hafenvorfeld vorgenommen habe, der nicht angemeldet war. Es habe nun eine Wiederherstellung unter Gewährleistungsgesichtspunkten zu erfolgen. Herr Schaefer führt hierzu aus, dass die Aufbrüche im Hafenvorfeld an 3 Stellen stattgefunden haben. Er bittet die Bürgermeisterin um Klärung, ob der Belag bzw. Unterbau ursprünglich dort denn sachgerecht hergestellt worden war. Es schließen sich Wortbeiträge von Herrn Schröder, Herrn Petrowski und Herrn Leonhardt an, wobei dieser sich dafür ausspricht, dass es der Gemeindebetrieb dem Amt in Rechnung stellen sollte, wenn gemeindliche Mitarbeiter für das Amt tätig werden und z.B. Straßenmängel oder Baustellen feststellen bzw. mitteilen.
- b) Weiterhin berichtet Frau Mordhorst, dass nach Rücksprache mit Herrn Dr. Paarmann ein Termin im April oder Mai zur Verleihung der Denkmalschutzplakette am Hafenvorfeld angedacht sei.

TO-Punkt 7: Genehmigung zur Nutzung der Gemeindeflagge

Die Bürgermeisterin erläutert den Sachverhalt und den vorliegenden Antrag. Sie berichtet, dass das Gemeindewappen urheberrechtlich geschützt sei. Aus ihrer Sicht wäre es wünschenswert, wenn hinsichtlich der Nutzung der Gemeindeflagge eine Grundsatzentscheidung getroffen werde. Es schließt sich eine Diskussion mit Wortbeiträgen von Herrn Erdmann, Herrn Döttelbeck, Herrn Kreft, Herrn Schröder und Herrn Matthiesen an, in deren Verlauf u.a. auf die bisherige Praxis und auf den Werbeeffect für Laboe hingewiesen wird.

Vor diesem Hintergrund besteht letztlich in der Gemeindevertretung Einvernehmen dahingehend, dass Entscheidungen über die Nutzung der Gemeindeflagge durch die Bürgermeisterin getroffen werden können.

TO-Punkt 8: Bericht aus dem gemeinsamen Arbeitskreis des Finanz- und Wirtschaftsausschusses

Herr Leonhardt dankt zunächst allen Teilnehmern des Arbeitskreises für die bisherige Arbeit. Der zusammenfassende Bericht sei am 05.02.2016 versandt worden. Es sollte noch eine Sitzung unter Beteiligung der Werkleitung stattfinden, da etliche Vorschläge den Eigenbetrieb betreffen. Herr Schaefer merkt an, dass der Amtsdirektor das Parkraumbewirtschaftungskonzept in seiner Zuständigkeit sehe.

TO-Punkt 9: Wirtschaftsplan 2016 für den Eigenbetrieb der Gemeinde Ostseebad Laboe Vorlage: LABOE/BV/003/2016

Die Bürgermeisterin berichtet zunächst über Ergebnisse der Vorberatung im Werkausschuss sowie im Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

Frau Schöneich-Beyer stellt fest, dass der Betriebsteil Meerwasserschwimmhalle trotz Einsparungsmaßnahmen ein Defizit von rd. 500.000,-- EUR aufweise. Ziel der LWG sei es, diesen Betrag drastisch zu senken, und zwar durch die Übertragung des Schwimmbadbetriebes auf einen Dritten. Die Höhe der gemeindlichen Zuweisung an den Betreiber wäre dann betragsmäßig noch festzulegen.

Herr Kreft verweist auf den Bürgerentscheid. Daher müsse auch der Schwimmbadbetrieb im Jahr 2016 finanziert werden. Frau Kuhn schließt sich dem an und ergänzt, dass möglichen zukünftigen Betreibern ausreichend Zeit für eine sorgsame Prüfung eingeräumt werden müsse.

Herr Leonhardt erklärt, den Wirtschaftsplan ablehnen zu wollen, da sich seit der letztjährigen Planberatung nichts verändert hätte. Die 2. Sitzung des Arbeitskreises Finanzen habe erst am 09.12.2015 stattgefunden. Im Übrigen liegt auch der Jahresabschluss 2014 des Gemeindebetriebes immer noch nicht vor.

Herr Döttelbeck erklärt für die CDU-Fraktion, dass man handlungsfähig bleiben müsse und sich nicht selbst blockieren dürfe.

Herr Heller nimmt dahingehend Stellung, dem Wirtschaftsplan zustimmen zu wollen. Hinsichtlich der Schwimmbadhalle verweist er auf den Beschluss vom 11.11.2015. Man brauche nun zunächst eine Beratung, belastbare Zahlen, eine rechtliche Einschätzung zu den Personalfragen usw. Diese erfordere noch eine gewisse Zeit.

Herr Opp schließt sich den Ausführungen von Herrn Leonhardt an und erinnert daran, dass die Argumente zum vorliegenden Planentwurf bereits hinreichend in den Fachausschüssen ausgetauscht worden waren.

Letztlich weist Herr Schröder noch auf den voraussichtlichen Jahresverlust von rd. 655.000,00 EUR, auf den fehlenden Jahresabschluss 2014 und auf die Kreditfinanzierung des möglicherweise nicht gewährten Vorsteuerabzugs hin, so dass sich die Kreditermächtigung im Jahr 2016 nunmehr auf über 500.000,-- EUR belaufe. Ziel müsse es sein, durch die Übertragung des Schwimmhallenbetriebes auf den Förderverein oder eine Gesellschaft den Unterstützungsbetrag für die Meerwasserschwimmhalle auf höchstens 250.000,00 EUR zu reduzieren und die so frei werdenden Mittel z.B. für Straßensanierungen und Regenentwässerung zu verwenden. Es bestehe jetzt Handlungsbedarf.

Frau Kuhn beantragt sodann die namentliche Abstimmung über den Wirtschaftsplan.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung stellt den Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebes der Gemeinde Ostseebad Laboe mit den Anlagen gemäß Entwurf – unter Berücksichtigung der vom Werkausschuss sowie Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfohlenen Sperrvermerke – wie folgt fest:

1.	Es betragen	
1.1.	im Erfolgsplan	
	die Erträge	1.936.600 EUR
	die Aufwendungen	2.592.200 EUR
	der Jahresverlust	655.600 EUR
1.2.	im Vermögensplan	
	die Einzahlungen	984.200 EUR
	die Auszahlungen	984.200 EUR
2.	Es werden festgesetzt	
2.1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	503.400 EUR
2.2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0 EUR
2.3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	1.000.000 EUR
2.4.	die Gesamtzahl der in der Stellenübersicht ausgewiesenen Stellen auf	22,25 Stellen

Stimmberechtigte:	23		
Ja-Stimmen: 12	Nein-Stimmen: 10	Enthaltungen: 1	Befangen: 0
Frau Mordhorst	Herr Matthiesen	Herr Erdmann	
Herr Döttelbeck	Frau Hansen		
Herr Dittmann-Wunderlich	Frau Kleinfeld		
Herr Heller	Herr Kruse		
Herr Kreft	Herr Leonhardt		
Frau Kuhn	Herr Nazareth		
Herr Mattern	Herr Opp		
Frau Müller	Herr Schaefer		
Frau Nowack	Frau Schöneich-Beyer		
Herr Petrowski	Herr Schröder		
Herr Rauschenbach			
Frau Wunderlich			

Frau Eschenlauer betritt um 20.02 Uhr den Sitzungsraum.

TO-Punkt 10: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016 der Gemeinde Ostseebad Laboe
Vorlage: LABOE/BV/911/2015

Herr Jürß fasst zunächst die Eckdaten des vorliegenden Haushaltsentwurfs zusammen und verweist auf die als Tischvorlage verteilte Veränderungsliste. Darin seien die Ergebnisse der Vorberatung im Finanz- und Wirtschaftsausschuss eingeflossen.

Herr Schröder weist darauf hin, dass der Haushalt über keinen freien Finanzspielraum verfüge. Zugleich legt er den aktuellen Schuldenstand und die Schuldenentwicklung dar. Man wolle deshalb Druck ausüben, dass der Beschluss der Gemeindevertretung vom 11.11.2015 zum Weiterbetrieb der Meerwasserschwimmhalle umgesetzt werde. Hinsichtlich eines Grunderwerbs durch die Gemeinde zur Schaffung preisgünstigeren Wohnraums stellt sich für Herrn Schröder die Frage, wer das leisten soll.

Frau Kuhn erklärt dazu, dass man durch eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung im Haushalt in Höhe von 1.000.000,- EUR die Option schaffen wolle, die Gemeinde in die Lage zu versetzen, dann ggf. auch Grundstückskaufverträge abschließen zu können. Die Grünen sprechen sich für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums aus, wobei eine gemeindliche Erschließung eine Alternative zu den Maßnahmen privater Investoren sein könne. Nach den Worten von Herrn Kreft sei dies eine nachvollziehbare Idee, wobei er zudem darauf hinweist, dass die für den Grunderwerb benötigten Kredite dann bei späterer Weiterveräußerung der Grundstücke wieder zurückgezahlt werden könnten. Herr Leonhardt sieht dagegen nicht das Erfordernis für eine solche Verpflichtungsermächtigung.

Auf Nachfrage von Herrn Petrowski zu dem Unterschuss im Unterabschnitt des Freya-Frahm-Hauses erläutern Frau Mordhorst und Herr Jürß, dass dies einerseits auf die erstmalige Veranschlagung von Abschreibungen und zudem auf die Reinigungskosten zurückzuführen sei, die nicht durch eine Entnahme aus der Sonderrücklage gegenfinanzierbar wären.

Herr Leonhardt erklärt, dem Haushalt nicht zuzustimmen. Er verweist dabei einerseits auf seine Ausführungen zum Wirtschaftsplan des Gemeindebetriebes und zudem darauf, dass keine Anlagennachweis für die Gemeinde vorliegt, anhand dessen sich die Höhe der veranschlagten Abschreibungen nachvollziehen ließe.

Sodann beantragt Herr Schröder eine gesonderte Abstimmung über die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.000.000,- EUR für Grunderwerbskosten. Daraufhin lässt die Bürgermeisterin hierüber beschließen, wobei sich folgendes Abstimmungsergebnis ergibt:

Stimmberechtigte:	24		
Ja-Stimmen: 11	Nein-Stimmen: 11	Enthaltungen: 2	Befangen: 0

Bei der sich anschließenden Formulierung des Beschlussvorschlages zur Abstimmung über den Gesamthaushalt, d.h. konkret bei dem Punkt, gegenüber der Beschlussempfehlung aus dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss nunmehr den letzten Halbsatz „sowie einer Verpflichtungsermächtigung für Grunderwerbskosten in Höhe von 1.000.000,- EUR“ zu streichen, ergibt sich aus mehreren Wortbeiträgen, dass bei den Mitgliedern der Gemeindevertretung unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen, worüber zuvor konkret abgestimmt worden war. Einige der Anwesenden gingen davon aus, dass über die Einstellung der Verpflichtungsermächtigung in den Haushalt abgestimmt wurde, während andere annahmen, dass zunächst eine Vorabstimmung darüber stattgefunden habe, ob über die Frage der Verpflichtungsermächtigung gesondert abgestimmt werden soll. Weitere Gemeindevertreter hatten den Antrag von Herrn Schröder dahingehend interpretiert, dass

über die Nichtberücksichtigung der Verpflichtungsermächtigung abzustimmen war. Der Protokollführer erläutert daraufhin, welche Wirkungen dies angesichts der festgestellten Stimmgleichheit auf die Veranschlagung bzw. Nichtberücksichtigung der betreffenden Verpflichtungsermächtigung hätte. Im Hinblick darauf, dass sich in der nachfolgenden Diskussion keine eindeutige Klärung herbeiführen lässt, keine schriftliche Antragsformulierung von Herrn Schröder vorlag (Herr Erdmann hatte diesbezüglich nachgefragt) und dieser Antrag auch nicht Wort für Wort zu Protokoll gegeben worden war, verständigt sich die Gemeindevertretung schließlich darauf, die Abstimmung zu wiederholen. Herr Schröder stellt sodann den Antrag, darüber zu beschließen, ob die Verpflichtungsermächtigung von 1.000.000,-- EUR für Grunderwerbskosten in den Haushalt aufgenommen werden soll.

Beschluss:

Die Verpflichtungsermächtigung von 1.000.000,-- EUR für Grunderwerbskosten soll in den Haushalt aufgenommen werden.

Stimmberechtigte:	24		
Ja-Stimmen: 11	Nein-Stimmen: 11	Enthaltungen: 2	Befangen: 0

Die Bürgermeisterin stellt fest, dass damit der Antrag abgelehnt ist. Sie verliest anschließend den Beschlussvorschlag, der sich aus der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses zum Haushalt 2016 ergeben hatte, wobei demgegenüber nun angesichts der vorangegangenen Abstimmung der letzte Halbsatz „sowie einer Verpflichtungsermächtigung für Grunderwerbskosten in Höhe von 1.000.000,-- EUR“ zu streichen sei.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Haushaltssatzung 2016 mit dem Haushaltsplan und den Anlagen sowie das Investitionsprogramm gemäß Entwurf unter Berücksichtigung der Veränderungsliste [Anlage zur Niederschrift] mit den Sperrvermerken bei Haushaltsstelle 1300.93511 und 2100.95001.

Stimmberechtigte:	24		
Ja-Stimmen: 13	Nein-Stimmen: 11	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 11: Meerwasserschwimmhalle; Antrag der Fraktion GAL vom 26.01.2016

11.1: Sachstand Gutachten/Berater

11.2: weitere Vorgehensweise

11.3: Beratung und Beschluss

Frau Hansen erläutert zunächst den vorliegenden Antrag der GAL-Fraktion.

Frau Mordhorst berichtet anschließend, dass in der ersten Gesprächsrunde vom 14.01.2016 erörtert wurde, zunächst Preise für umfassende Beratungsleistungen in Sachen Meerwasserschwimmhalle einzuholen. Ein nächster Gesprächstermin werde in den nächsten 1 – 2 Wochen anberaumt. Auf die Nachfrage von Frau Hansen, warum noch keine Vertreter der Landeshauptstadt Kiel bzw. der Kieler Bäder GmbH eingeladen worden seien, erklärt die Bürgermeisterin, dass es hierfür bisher keinen Auftrag gab.

Es schließt sich eine längere Diskussion an, in deren Verlauf unterschiedliche Interpretationen darüber zum Ausdruck gebracht werden, ob nun „positive Signale“ aus Kiel erfolgten oder nicht, wobei Frau Schöneich-Beyer auch auf die Presseberichterstattung in den Kieler Nachrichten vom 16.01.2016 verweist. In der nachfolgenden Beratung äußern

sich Frau Kuhn, Herr Heller, Herr Erdmann und Herr Kreft übereinstimmend dahingehend, dass zum jetzigen Zeitpunkt die Einladung von Kieler Vertretern in eine Sitzung des Werkausschusses oder der Gemeindevertretung verfrüht sei; Zunächst sollte man die konkreten Daten aus dem Gutachten vorliegen haben. Auch aus Sicht von Herrn Leonhardt wäre ein solches Gespräch im Rahmen einer Sitzung jetzt nicht hilfreich. Demgegenüber könnten aber Vorgespräche nicht schaden.

Herr Schäfer ändert sodann den GAL-Antrag wie folgt ab: „Die Werkleitung wird gebeten, mit den Vertretern der Kieler Bäder GmbH unverzüglich in Kontakt zu treten“ . Er beantragt, hierüber abstimmen zu lassen.

Beschluss:

Die Werkleitung wird gebeten, mit den Vertretern der Kieler Bäder GmbH unverzüglich in Kontakt zu treten.

Stimmberechtigte:	24		
Ja-Stimmen: 6	Nein-Stimmen: 16	Enthaltungen: 2	Befangen: 0

TO-Punkt 12: Bekanntgaben und Anfragen

- a) Herr Schröder gibt bekannt, dass WIR für Laboe und LWG ab der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung eine gemeinsame Fraktion unter dem Namen LWG bilden werden. Die hierfür erforderlichen Formalitäten würden in Kürze auf den Weg gebracht.
- b) Herr Leonhardt vermisst im Berichtswesen die Umsetzung der Ausschuss-Beschlüsse.
- c) Weiterhin spricht Herr Leonhardt nochmals an, dass für den Fall, dass Mitarbeiter des Eigenbetriebes Straßenkontrollen o.ä. für das Amt wahrnehmen, diese Dienstleistungen s. E. dann auch dem Amt in Rechnung gestellt werden sollten. Herr Göttisch berichtet in diesem Zusammenhang, dass konkret die Aufgrabungen im Hafenvorfeld anlässlich eines anderen, ohnehin anstehenden Termins aufgefallen waren. Es handelte sich insoweit nicht um eine gesonderte Ortsbesichtigung aus Anlass dieser Straßenaufbrüche. Es wurde dann lediglich bei Amt nachgefragt, ob dort die betreffenden Bauarbeiten bekannt seien.
- d) Herr Erdmann führt aus, dass die Absicht von WIR für Laboe, nunmehr mit der LWG eine gemeinsame Fraktion zu bilden, s. E. moralisch nicht einwandfrei sei, auch wenn dies rechtlich möglich wäre.
- e) Herr Göttisch erläutert – auf Nachfrage von Herrn Dittmann-Wunderlich – die arbeitsrechtliche Problematik, die mit einem Verzicht von MWSH-Mitarbeitern auf ihre Mittagspause verbunden wäre.
- f) Herr Matthiesen bemängelt den späten Zugang der letzten Sitzungsniederschrift, obwohl im November beschlossen worden sei, dass die Protokolle innerhalb von 10 Tagen erstellt sein mögen. Die Bürgermeisterin bittet zu entschuldigen, dass sie die ihr vorgelegte Niederschrift angesichts der Terminfülle nicht zeitnah zur Verteilung gebracht habe.

Sodann schließt Frau Mordhorst um 21.15 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Gäste und die Vertreterinnen der Presse verlassen den Sitzungsraum.

Ulrike Mordhorst
- Bürgermeisterin -

Uwe Jürß
- Protokollführer -

gesehen:
Sönke Körber
- Amtsdirektor -